

# 12 Ostdeutsches Energieforum

Mittelstand sieht sich durch aktuelle Energiepolitik gefährdet

Über 450 Gäste aus Politik, Wissenschaft, Energiewirtschaft, Gesellschaft und ostdeutschem Mittelstand diskutierten am 13. und 14. September im Kunstkraftwerk Leipzig über die aktuellen Fragen der Energieversorgung und die Chancen für Ostdeutschland. Die Veranstalter des Forums, die Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin sowie der Partner, die IHK zu Leipzig, stellten dabei klare Forderungen an die Politik.

#OEF23



Diskussion zur Energieversorgung des Mittelstands: (v.l.n.r.) Karsten Rogall, Dr. Stephan Lowis, Hans-Joachim Polk, Mike Klaus Barke, Katharina Dröge, Dr. Reiner Haseloff und Wiebke Binder (Moderation)

Das Allzeittief des jüngst veröffentlichten Energiewende-Barometers 2023 der Deutschen Industrie und Handelskammer verdeutlicht, dass das Vertrauen der deutschen Wirtschaft in die Energiepolitik auf einen Tiefpunkt gesunken ist. Die Unternehmen ächzen unter noch immer

viel zu hohen Energiekosten, es fehlt ihnen an Planbarkeit und Verlässlichkeit. Dr. Burkhardt Greiff, Sprecher der Interessengemeinschaft: „Die Unternehmen in Ostdeutschland, 80% der Firmen haben nicht mehr als 20 bis 30 Beschäftigte, brauchen einen Mittelstandsstrom-

preis. Einen reduzierten Strompreis darf es nicht nur die energieintensiven Leuchttürme geben, sondern einen für die gesamte Wirtschaft, der eine internationale Wettbewerbsfähigkeit zulässt.“ „Die Politik muss schnellstmöglich gegensteuern, und zwar so, dass eine



Impuls durch Michael Kellner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz



Über 450 Gäste in Leipzig diskutierten an beiden Kongresstagen



Rundgang auf der begleitenden Ausstellung des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (2.v.l.) und UV Präsident Dietrich Enk (1.v.l.). Hier im Gespräch mit Andrea Behr und Heinrich Gärtner von GP Joule., alle Fotos: PIXAPOOL/A. Koslowski

mittel- und langfristig stabile und kostengünstige Energieversorgung gewährleistet ist und den Unternehmen mehr Spielraum für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen gegeben wird“, ergänzte Kristian Kirpal, Präsident der IHK zu Leipzig, in seinem Statement. „Um die Unternehmen in der gesamten Breite vom wachsenden Kostendruck zu entlasten, müssen die Stromnebenkosten drastisch reduziert und gezielte Anreize zur Ausweitung des Stromangebots gesetzt werden. Zudem müssen Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit die Leitprinzipien für energiepolitische Maßnahmen sein. Sie sind für die Energiewende zielführender als bürokratische Nachweis-, Berichts- und Umsetzungspflichten.“ Die Diskussionen über beide Tage zeigten, dass die Unternehmen dabei nicht nur einfache Antworten von der Politik fordern, sondern ebenfalls handeln. So bauen die kleinen und mittelständischen Unternehmen ihre Eigenerzeugungskapazitäten aus bzw. verstehen diese Maßnahmen als Option zur Krisenbewältigung.

Dietrich Enk, Präsident des Unternehmerverbandes Sachsen e.V. ergänzt: „Nachfolgend dem Kohleausstieg bieten die Flächen in der Lausitz und generell in Ostdeutschland große Potentiale. Die Wandlung und Nutzung alter Infrastrukturen für neue Technologien ist logisch, naheliegend und möglich. Es ist sehr wichtig, dass die Wirtschaft den politischen Entscheidern Dialogangebote macht und Sachverstand vermittelt. Das Ostdeutsche Energieforum hat erneut den Beteiligungsanspruch der mittelständigen Wirtschaft am Gelingen der Energiewende Ausdruck verliehen. Der notwendige, seit Jahren angemahnte Bürokratieabbau bei den Genehmigungsverfahren ist nicht relevant spürbar. Wie die Unternehmen muss die Verwaltung die Energiewende wollen, die Verantwortung annehmen und handeln statt zu verzögern.“

Unter den Referenten waren unter anderem die Ministerpräsidenten aus Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff, und Sachsen, Michael Kretschmer, die das Forum eröffneten. Als Vertreter der Bundesregierung war Michael Kellner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, vor Ort.